

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

15. Juli 1947.

Die Holzaufbringung für DP-Lager und Besatzungstruppen:74/A.B.Anfragebeantwortung.

zu 113/J

In der Sitzung des Nationalrates vom 2. Juli brachten die Abgeordneten L a g g e r, R a m, W a l c h e r, S t e i n e r und Genossen eine an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft gerichtete Anfrage, betreffend die hohen Aufbringungsauflagen <sup>an Holz</sup> für DP-Lager und Besatzungstruppen, ein.

Bundesminister K r a u s führt dazu in schriftlicher Beantwortung aus:

Das Land Kärnten hat für die Besatzungstruppen 50.000 rm und für DP's und Kriegsgefangenenlager 48.000 rm Brennholz aufzubringen. Der Auftrag erging von der britischen Besatzungsmacht und wurde dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Holzaufbringung, erteilt. Die Aufteilung dieser Menge auf die einzelnen Waldbesitzer und Schlagorte erfolgte durch die Landesforstbehörde unter weitestgehender Berücksichtigung forstwirtschaftlicher Grundsätze.

In analoger Weise wurden in Steiermark 25.000 rm für die Besatzungstruppen und 34.000 rm für die DP's und Kriegsgefangenenlager angefordert.

Die amerikanische Besatzungsmacht hat in Oberösterreich 3000 rm für die Truppen und 10.000 rm für die DP's und Kriegsgefangenenlager, im Lande Salzburg 3000 rm für die Truppen und 10.000 rm für die DP's und Kriegsgefangenenlager angefordert.

Von der französischen Besatzungsmacht wurden für Tirol für die Truppen 40.000 rm und für die DP's und Kriegsgefangenenlager 10.000 rm und in Vorarlberg für die Besatzungstruppen 8000 <sup>an</sup> rm/angefordert.

Die Sowjetarmee hat aus dem Bereiche von Oberösterreich-Nord 40.000 rm, aus Niederösterreich 120.000 rm und aus <sup>dem</sup> Burgenland 30.000 rm Brennholz angefordert.

Gegen diese hohen Anforderungen der Besatzungsmacht wurde seitens der zuständigen Behörden auf jede erdenkliche Weise interveniert, jedoch konnte in keinem Falle eine Ermässigung der geforderten Holzmengen durchgesetzt werden.

Da im Sinne des in Geltung stehenden Übereinkommens die Anforderungen der alliierten Besatzungsmächte vor allen übrigen rangieren, sieht die Österreichische Bundesregierung dormalen keine Möglichkeit, diese Brennholzangforderungen der Alliierten zu unterbinden.